



Mitteilungen der Initiative Heimat & Umwelt

## EU-AUSTRITTS-VOLKSBEGEHREN: Die ersten Tausend sind geschafft!

### Waren Sie schon unterschreiben?

Die Startphase des Überparteilichen EU-Austritts-Volksbegehrens ist auf großes Interesse von vielen Seiten gestoßen, sowohl in Österreich als auch im Ausland. Es gibt ja auch in anderen (Noch-) EU-Staaten ähnliche Bestrebungen. Für die **Einleitung** des Volksbegehrens gibt es eine behördliche Frist bis Jahresende 2011. Gesetzlich gefordert sind fast neuntausend bestätigte Unterstützungs-Erklärungen.

In den kleineren Gemeinden kann man die Unterschrift im Gemeindeamt leisten, in den großen Stadtgemeinden meist an mehreren Stellen. In **Wien** kann man in jedem magistratischen Bezirksamt unterschreiben, auch wenn es nicht das "eigene" ist, in **Graz** im "Bürgerservice" im Stadtamt in der Schmiedgasse oder in jedem Bezirksamt, in **Linz** im "Bürgerservice" im Neuen Rathaus oder in jeder Stadtbibliothek. In den Städten wird das Formular am Dienstweg an die zentrale Wählerevidenz weitergeleitet (in Wien an die MA-62) und von dort nach Bestätigung an uns weitergeschickt.

Viele unserer Leser haben **schon vor einiger Zeit** für den Austritt aus der EU direkt bei den vielen Info-Ständen dafür quer durch Österreich "auf der Straße" unterschrieben. Sie waren damit **Wegbereiter** des offiziellen Volksbegehrens; ohne die Unterschriften

wäre der Austritt aus der EU nie zu einem Thema in der Öffentlichkeit geworden! Nun kommt es darauf an, daß Sie diese (frühere) Unterschrift auf Ihrem Hauptwohnsitz-Gemeindeamt bzw. Stadtmagistrat **wiederholen**. Nur dann kann sie zum Volksbegehren führen! Der Wille zum Austritt aus der EU kann nur Wirklichkeit werden, wenn er in möglichst großer Zahl von den Bürgern **nachweislich** auch verlangt wird.

#### VOR DEN VORHANG!

Eine Salzburger Gemeinde stellte unter Beweis, was Demokratie wirklich bedeutet. Bürgermeister

Sebastian Schönbuchner gab in der üblichen **Gemeinde-Aussendung** an jeden Haushalt von Großmain ganz offiziell die Einleitung des EU-Austritts-Volksbegehrens bekannt, erklärte, wie dessen Unterstützung formal erfolgen kann und verwies auf die Abbildung der Unterstützungs-Erklärung auf der Homepage der Gemeinde. Würden das alle österr. Gemeinden tun - und niemand könnte sie daran hindern -, bräuchten wir keinen einzigen teuren und zeitintensiven Info-Stand-Aktionstag durchführen... Messen Sie "Ihren" Bürgermeister bei der nächsten Wahl daran!

#### PROFESSOR KLECATSKY UNTERSTÜTZT EU-AUSTRITT!

Einer der Unterscriber "der ersten Stunde" war der ehemalige parteifreie Justizminister, Univ. Prof. Dr. Hans R. Klecatsky aus Innsbruck. Wenn der beste Kenner der österr. Verfassung und Doyen der österr. Rechtslehrer sich persönlich für dieses Volksbegehren ausspricht, unterstreicht dies die Seriosität des Anliegens und bedeutet für alle Unterstützer Motivation und inhaltliche Rückendeckung von berufener Stelle. Mögen möglichst viele Mitbürger dem Beispiel dieses großen Österreichers folgen!

**Zum Herausnehmen aus dieser WEGWARTE:** Volksbegehrens-Flugblatt mit **Unterstützungs-Erklärung** sowie **Argumenten** dafür auf der Rückseite zum Eigengebrauch und/oder zur Weiterverwendung für andere. Für den Weg zum Magistrat oder Gemeindeamt sollte keine(r) zu bequem oder zu gleichgültig sein! Nötig dafür sind nämlich nur (je nach Entfernung vom Unterschriften-Amt)

**20 bis 60 Minuten für die Zukunft unseres Landes!**

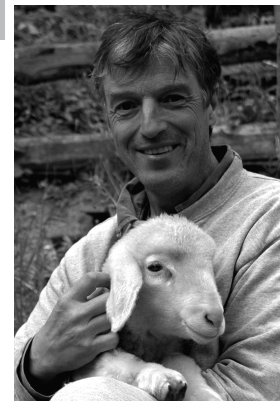


### **Anti-Gentechnik-Plattform "ProLeben" unterstützt EU-Austritts-Volksbegehren:**

Pressesprecher **Richard Leopold TOMASCH** aus Kärnten: "... Vor dem EU-Beitritt hatten wir in Österreich die best-kontrolliertesten **Lebensmittel**. Jetzt kontrolliert nur mehr die EFSA, die EU-Lebensmittelbehörde, deren "Kontrolle" darin besteht, daß sie die "Gutachten" der multinationalen Konzerne eins zu eins übernimmt! Unser Lebensmittel Nr. 1, das **Trinkwasser**, muß laut Anordnung der EU verchlort und UV-bestrahlt werden, was uns gesundheitlich schadet. **Gentechnik** wird sogar in Bio-Lebensmitteln zugelassen (kein Aufschrei der Bioverbände). ..." Näheres dazu unter Tel. 04235/2347, rileto@proleben.at, www.proleben.at

### **Tierschutzorganisation "Animal Spirit" unterstützt EU-Austritts-Volksbegehren:**

Obmann **Dr. Franz-Joseph PLANK**, Laaben/NÖ: "... Es gibt nach wie vor tage-lange **Horror-Transporte** quer durch die EU, es gibt immer mehr - EU-geförderte - Monster-Schlachthöfe, es gibt immer noch größere **Monster-Tierfabriken**, durch das EU-REACH-Programm werden in den nächsten 10 Jahren zu den jährlich ca. 12 Millionen (!) in grausamen Versuchen sinnlos ermordeten Tieren weitere zig Millionen **Tierversuche** dazukommen. ..." Näheres zu "Animal Spirit - Zentrum für Tiere in Not": office@animal-spirit.at, www.animal-spirit.at



# EINE GRIECHISCHE LEKTION

Leserzuschrift



Glaubt man den Medien, dann arbeiten Griechen zu wenig, leben über ihre Verhältnisse und zahlen keine Steuern. Sie haben sich mit gewaltigen Bilanzfälschungen den Eintritt in das EU-Paradies erschwindelt und damit die ganze Union an den Rand des wirtschaftlichen und finanziellen Abgrundes gebracht. Das ist ein **Sündenbock-Klischee**, aus dem gewöhnlich billige politische Romane sind. Hier aber wird es uns als wahr verkauft. Als angebliche Kosequenz daraus wird nun uns allen der Gürtel noch enger gespannt. Die Deutschen werden von Brüssel in unbotmäßige Provinzen als **Finanzpolizei** und **Zahlmeister** abkommandiert. Die EU bekommt ein straffes, gleichgeschaltetes "Wirtschafts-" Regime. Die One World - Finanz-Nomaden sind ihrem Traum von der **globalen Abschöpfung aller Leistungskraft** wieder einen Schritt näher gekommen.

Wie steht es in den heiligen Schriften der **globalen Finanz-Nomaden** geschrieben?: "Die Wirtschaft muß das Kapital bedienen". Die **Wirtschaft**, das sind die, die alle paar Jahre wählen dürfen, aber nichts zu sagen haben. Das **Kapital** sind jene, die nie zur Wahl stehen, aber immer bestimmen wollen was geschieht.

**Und das ist keine Frage von Linken und von Rechten, sondern nur von Herrschaft**

**und ihren Knechten.** Denn Kapital-Nomadentum und Wahl-Pleitokratie sind die zwei Seiten ein- und der selben Medaille.

Das simple Steuerungs- und Gleichschaltungsinstrument der räuberischen Kapital-Nomaden ist die **"Wohlstands"-Karotte**. Diese wird einmal nach links, einmal nach rechts, einmal höher und bei Bedarf auch tiefer geschwenkt. So werden Leichtgläubige bis zur völligen Orientierungslosigkeit in die Irre geführt.

Und wo will man jetzt die **gleichgeschalteten "EU-Bürger"** hinführen? Längere und stressige Arbeit für alle. Mehr monotone Tätigkeit auch für die Frauen. Die Kindererziehung in die Einrichtungen der Finanz-Nomaden und ihrer Handlanger. Überhaupt weniger eigene Kinder. Dafür aber das Herbeischaffen von noch mehr Ausländern. **So ist es in den Medien nachzulesen.**

Dieser Weg der Gleichschaltung führt weg von der Volksherrschaft über den autoritären Demokratismus in die **totalitäre Terrorokratie**. Wer in der Demokratie schläft und sich im Demokratismus anpaßt, wird in der Terrorokratie munter werden. So kann jeder für sich aus der griechischen Lektion lernen und sein Verhalten durch weniger Leichtgläubigkeit gegenüber den Pleitokraten, **mehr Eigenverantwortung und Gemeinschaftssinn** unmittelbar darauf abstellen.

Buchempfehlung:

## "DIE EURO-LÜGE"

VON

**WILHELM HANKEL:**

In diesem auch für Laien verständlich geschriebenen Buch stellt der bekannte Ökonom im Detail dar, warum die Einführung des EURO ein Fehler war und daß die **Rückkehr zu nationalen Währungen** notwendig ist. Auf 247 Seiten entlarvt der Autor auch viele andere, medial verkündete Heilslehren mit nachvollziehbaren Sachargumenten als volkswirtschaftliche Märchen, wie z.B. den allseits hochgejubelten "Markt" als nichts anderes als einen "anonymen Sklavenhalter". Das Buch enthält viele realistische Ansätze für eine bessere wirtschaftliche und soziale Zukunft für ALLE - anstatt - wie heute - nur für WENIGE.

Prof. Dr. W. HANKEL war Chefberater in Sachen Währung und Internationaler Finanzen der deutschen Bundesregierung in den erfolgreichen DM-Jahren. Seit 40 Jahren lehrt er an in- und ausländischen Universitäten, u.a. in Harvard, Washington, Bologna, Berlin und Frankfurt, dem Sitz der EZB. Bestellungen der "EURO-LÜGE" am einfachsten per beiliegendem Erlagschein, Zusendung erfolgt mit der Post.

**Bitte vor dem Ausfüllen kopieren und weiterverbreiten!  
Die Unterschrift erst vor dem Beamten leisten (ist Vorschrift).  
Amtlichen Lichtbildausweis mitnehmen.**

Bitte dieses Feld für Prüfvermerke der Bundeswahlbehörde freihalten!

## Unterstützungserklärung

Der (Die) Gefertigte unterstützt hiermit den Antrag auf Einleitung des Verfahrens für ein Volksbegehren betreffend folgende, durch Bundesgesetz zu regelnde Angelegenheit:

[Volksbegehren] <b>AUSTRITT aus der Europäischen Union</b>	[Allfällige Kurzbezeichnung] <b>EU-AUSTRITTS-VOLKSBEGEHREN</b>	
<b>Stark unrandeter Bereich vom (von der) Unterstützungswilligen auszufüllen!</b>	Vor- und Familienname des (der) Unterstützungswilligen	
	Wohnort	Geburtsdatum (Tag, Monat, Jahr) 
Raum für allfällige gerichtliche oder notarielle Beglaubigung der nebenstehenden Unterschrift	Eigenhändige Unterschrift	

### Bestätigung der Gemeinde

Die nachstehende Gemeinde bestätigt, dass der (die) Unterstützungswillige in der Wählerevidenz eingetragen ist und das 16. Lebensjahr vollendet hat und in dieser Gemeinde den Hauptwohnsitz hat.

<b>Stark unrandeter Bereich von der Gemeindebehörde auszufüllen (Zutreffendes anzukreuzen)!</b>	Gemeinde		
	Politischer Bezirk, Verwaltungsbezirk, Statutarstadt, Wiener Gemeindebezirk	Land	ggf. Sprengel Nr.
	<b>Die eigenhändige Unterschrift auf der Unterstützungserklärung</b>		
	<input type="checkbox"/> wurde vor der Gemeindebehörde geleistet.	<input type="checkbox"/> war gerichtlich beglaubigt.	<input type="checkbox"/> war notariell beglaubigt.
Datum (Tag, Monat, Jahr) 	Gemeindegel 	Unterschrift	

Bitte nach Bestätigung durch Gemeinde/Magistrat dieses Original einsenden an  
INITIATIVE HEIMAT & UMWELT, 3424 Zeiselmauer, Hagengasse 5

*(Zusendung per Fax oder E-Mail wird aus rechtlichen Gründen leider nicht anerkannt.)*



# Überparteiliches Volksbegehren für den AUSTRISS aus der EU zur Rettung der Lebensgrundlagen Österreichs

## VOLKSWIRTSCHAFT

Klein- und Mittelbetriebe mit einem Bezug zur Bevölkerung haben in einem übernationalen System immer weniger Chancen. Durch die EU-Mitgliedschaft kann Österreich keine Handelsverträge (die zum Schutz der Volkswirtschaft notwendig sind) mehr abschließen; die gesamte Handelspolitik ist „ausschließlich Angelegenheit der Eu-Zentralstellen“. Nur durch einen Austritt aus der EU kann Österreich die Entscheidungsbefugnis für die Wirtschaftspolitik zurückgewinnen zum (Wieder-) Aufbau einer krisensicheren Binnenwirtschaft.

## SOZIALSTAAT

Das oberste Prinzip der EU, die so genannten „Freiheiten des MARKTES“, nämlich die uneingeschränkte, grenzenlose Warenverkehrsfreiheit, Niederlassungsfreiheit, Dienstleistungsfreiheit und Arbeitnehmerfreizügigkeit, sowie – am wichtigsten für die Konzerne – die **Kapitalverkehrsfreiheit**, ermöglichen eine auf Profitmaximierung ausgerichtete Politik, die den meisten Menschen enorm schadet und vom europäischen Gerichtshof (EUGH) seit Jahrzehnten rigoros durchgesetzt wird. Für Sozialpolitik war und ist darin kein Platz. Steigende Arbeitslosigkeit, real sinkende Pensionen und immer größer werdende Kluft zwischen Arm und Reich belegen dies.

## GRENZEN

Es tut niemandem weh, an der Landesgrenze seinen Paß vorzuweisen. Die Abschaffung der Landesgrenzen durch die EU und damit der Wegfall jeglicher Kontrollmöglichkeit durch den Staat in Bezug auf Personen und Waren hat jedoch verheerende Folgen. Von der Erleichterung der **Kriminalität** bis zur ungehemmten Einfuhr illegaler oder schädlicher Waren. Wir brauchen wieder sinnvolle Grenz-einrichtungen zum Schutz der Bevölkerung!

## NEUTRALITÄT

Neutralität bedeutet, daß der neutrale Staat eine **eigene** Außenpolitik betreibt (so wie die Schweiz), die sich strikt von jedem Militärpakt fernhält und damit dem Frieden dient. Durch die **EURO-Armee** jedoch, an der auch Österreich beteiligt ist, ist die EU selbst ein Militärpakt. Dazu kommt ihre starke Nähe zur NATO; der Großteil der EU-Staaten ist auch NATO-Mitglied, vor allem die großen EU-Staaten. Im neuen „sicherheitspolitischen Konzept“ der österreichischen Bundesregierung wird demnach auch eine stärkere Einbettung Österreichs in internationale „Sicherheits-Strukturen“ vorgesehen und eine Betonung der NATO sowie der Beistandspflicht und der **Teilnahme an Kampfeinsätzen**.

Die Wiederaufnahme der NEUTRALITÄT als Grundlage der österreichischen (Außen-) Politik ist nur möglich bei einem Austritt aus der EU. Denn für Österreichs Jugend darf es keine Kampfeinsätze im Ausland geben! Die Werbung dafür ("sichere Arbeit mit hohen Verdienstmöglichkeiten") ist verantwortungslos und muß beendet werden.

## GENTECHNIKFREIHEIT

Aufgrund der vorgeschriebenen „grenzenlosen Marktfreiheiten“ ist es einem EU-Mitglied nicht möglich, **Importe** von genmanipulierten Futtermitteln, „Industriekartoffeln“ oder Fertigprodukten mit genmanipulierten Inhaltsstoffen zu verhindern. Diese kommen damit in den Nahrungskreislauf, selbst wenn in Österreich kein genmanipuliertes Saatgut angebaut wird. Zu verhindern ist dies nur, wenn Österreich seine Lebensmittelgesetze wieder **selbst bestimmen** und an den Grenzen kontrollieren kann, was hereinkommt. Das ist nur möglich bei einem Austritt aus der EU.

## EIGENE WÄHRUNG

Die Internationalisierung der Landeswährungen funktioniert nicht und ist ein wesentlicher Mitverursacher der gegenwärtigen Finanz- und Wirtschaftsprobleme. Die Übernahme der Defizite von finanzinstabilen Ländern durch finanzstabile, die Grundlage des EURO, macht alles nur noch schlimmer. Bei einem Austritt aus der EU könnte Österreich wieder seine eigene Währung aufbauen und damit auch der Teuerung entgegenwirken.

## SO KÖNNEN SIE DAS VOLKSBEGEHREN UNTERSTÜTZEN:

1. Mit der umseitigen Unterstützungs-Erklärung und einem amtlichen Lichtbildausweis (Paß, Personalausweis, Führerschein) zu den üblichen Parteienverkehrszeiten in das Gemeindeamt bzw. magistratische Bezirksamt Ihres **Hauptwohnsitzortes** gehen.

2. Dort die mitgebrachte Unterstützungs-Erklärung vor dem Beamten unterschreiben und nach erfolgter Bestätigung durch die Behörde dieses Original-Formular wieder **umgehend an uns retour senden**.

Zur gültigen Unterzeichnung von Volksbegehren sind alle österreichischen Staatsbürger berechtigt, die das **16. Lebensjahr** vollendet haben. Jedes Volksbegehren darf nur einmal unterschrieben werden. Sobald mindestens 8.032 (ein Promille der Gesamtbevölkerung) gültige Unterstützungs-Erklärungen vorliegen, wird vom Innenministerium die sogenannte öffentliche Eintragungswoche, das eigentliche Volksbegehren, in ganz Österreich anberaumt.

## WER SIND DIE BETREIBER DES VOLKSBEGEHRENS?

Eine überparteiliche Plattform von mehreren Organisationen und unabhängigen Initiativen, zu denen auch die INITIATIVE HEIMAT & UMWELT gehört.

## KONTAKTADRESSEN:

Inge RAUSCHER, 3424 Zeiselmauer, Hageng. 5, Tel.02242/70516  
Helmut SCHRAMM, E-mail: helmutschramm@gmx.at

# Österreich wird es ohne EU besser gehen!

von Helmut Schramm, Wien

„Die Europäische Union ist eine alternativlose wirtschaftliche Vereinigung souveräner Staaten - Österreich würde ohne sie untergehen und zum Entwicklungsland werden“, so die allgemeine Ansicht von Integrationspolitikern und Erfüllungsgehilfen der EU. Diese von wenigen EU-Profiteuren und deren Handlangern **vorgegebene** Meinung soll den Menschen Angst vor dem notwendigen Austritt aus der EU machen. Über Alternativen wird gänzlich geschwiegen.

Zuerst bedarf es schon lange einer Klarstellung: Schon bald nach dem 2. Weltkrieg richteten sich Bestrebungen auf die Gründung Vereinigter Staaten von Europa und die Bildung einer europäischen "Nation". Man wollte mit einer Verfassung einen europäischen Bundesstaat begründen. Unter dem Vorsitz des Führers der bereits in den **1920er** Jahren aktiven paneuropäischen Bewegung, Graf **Coudenhove-Kalergi**, wurde schon ein Entwurf einer europäischen Bundesverfassung vorgelegt.

Schließlich gründete **Jean Monnet**, ein Wall-Street-Bankier und „Weltbürger“ mit einflussreichen Freunden in der amerikanischen Elite, das „**Aktionskomitee für die Vereinigten Staaten von Europa**“ und schlug eine gemeinsame Währung vor. Dieser Plan scheiterte zwar vorerst **1954** an der französischen Nationalversammlung, jedoch war mit dem EU-Vertrag von Maastricht von **1992**, also noch **vor** dem Beitritt Österreichs zur EU, der US/Monnet-Plan auf dem Weg zur Umsetzung. Das Märchen von einer wirtschaftlichen Vereinigung Europas souveräner Staaten war schon damals endgültig begraben.

**Andreas Bracher**, einer der Herausgeber der "Europäischen Schriftenreihe", deutet schon im Titel des zweiten Bandes an, worum es geht: "**Europa im amerikanischen Wertesystem**, Bruchstücke zu einer ungeschriebenen Geschichte des 20. Jahrhunderts" (ISBN 3-907564-50-2). Andreas Bracher faßt wie folgt

zusammen: (...) „Das neue Gebilde, die „Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl“ (EGKS), war der entscheidende erste Keim der heutigen Europäischen Union. Es war von vornherein als **voller Staat** angelegt (...) Von Monnet stammte auch der Plan, mit dem Anfang der fünfziger Jahre eine gemeinsame europäische Armee geschaffen werden sollte – ein Plan, der allerdings 1954 im französischen Parlament abgelehnt wurde. (...) Zu seinem großen Gegenspieler wurde schließlich **de Gaulle**, der 1958 in Frankreich an die Macht kam. De Gaulles Konzept von einem „Europa der Vaterländer“ war ein Gegenentwurf zu Monnets supranationalem Gebilde. (...)“

Wenn die Amerikaner selbst ihr Hinarbeiten auf eine europäische Einigung begründeten, so behaupteten sie anfangs, sie sei notwendig für die Abwehr des Kommunismus. Auffällig ist aber, daß mit Mc Cloy<sup>1</sup>, Averell Harriman<sup>2</sup> und Dean Acheson<sup>3</sup> einige derjenigen Personen zu Vorantreibern des europäischen Einigungsprozesses wurden, die bereits seit 1944 auf den Bruch mit der Sowjetunion bewußt hinarbeiteten. Das Gesamtszenario dieser Jahre legt nahe, daß hier eine Gruppe von Menschen den Kalten Krieg forciert und dann als **Hintergrund für andere Pläne** benutzt hat. Mit der Überbetonung der sowjetischen Gefahr entstand jene politisch-psychologische Situation, in der die Europäer bereit waren, sich unter dem Schild der USA zusammenzuschließen, um damit die **Westfesselung Deutschlands** abzusichern. (...)“

Für die amerikanische Politik ist es ebenso wichtig gewesen, daß diese von ihr gewünschte europäische Vereinigung "freiwillig" und "aus eigener Initiative" hervorgegangen ist, wie es gewöhnlich wichtig für sie ist, in einem Krieg die anderen dazu zu bringen, die Rolle des Angreifers und des Schuldigen zu übernehmen. Es ist jene raffiniert-unscheinbare, indirekte Art der Herr-



schaftsausübung, wie man sie auch vom Aufbau des Römischen Reiches kennt, das sich ja durch lauter "Verteidigungskriege" und "Defensivbündnisse" **vergrößerte**. (...)“

Wenn man dieses Triebwerk in Gang halten wollte, so gehörte dazu auch, die Furcht vor Deutschland lebendig zu halten. Das ist ein wesentlicher Grund für die **ungeheure Bedeutung der NS-Thematik in der westlichen Öffentlichkeit** und dafür, daß es so wichtig war, die Erinnerung an diese Vergangenheit zu pflegen. (...) Das „Aktionskomitee“, das Monnet 1955 gegründet hatte, wurde teilweise aus den USA finanziert: von der Ford-Foundation, deren Leiter zeitweise sein Freund McCloy war. Angesichts dieser Tatsachen ist es bemerkenswert und geradezu verdächtig, mit welcher Hartnäckigkeit die Geschichtswissenschaft dieses enge Verhältnis in dem Sinne deutet, daß Monnet die USA für die Durchsetzung seiner eigenen, „europäischen“ Ziele benutzt hätte. **Das Umgekehrte wird nur selten in Erwägung gezogen.**“

Die Europäische Einigung war von Anfang an keine demokratische Entscheidung der Menschen in Europa. Monnet war ein Agent, vor allem amerikanischer Interessen. So analysiert Andreas Bracher in seinem Werk sinngemäß: Aus Sorge vor einer Versöhnung Frankreichs mit Deutschland und einer Abkoppelung von den Vereinigten Staaten als möglicher Beginn einer eigenständigen, von Washington unabhängigen europäischen Politik löste der deutsch-französische Vertrag von 1963 hektische Aktivität hinter den Kulissen aus, bis der Deutsche Bundestag dem Vertrag eine **Präambel voranstellte, durch die ausdrücklich**

1) [http://de.wikipedia.org/wiki/John\\_Jay\\_McCloy](http://de.wikipedia.org/wiki/John_Jay_McCloy)

2) [http://de.wikipedia.org/wiki/Averell\\_Harriman](http://de.wikipedia.org/wiki/Averell_Harriman)

3) [http://de.wikipedia.org/wiki/Dean\\_Gooderham\\_Acheson](http://de.wikipedia.org/wiki/Dean_Gooderham_Acheson)



## die Bindungen an die USA bestätigt wurden.

Das ist noch ein Indiz, daß die Richtung zu einem „Europa der Vaterländer“ – welches auch heutzutage von vielen gefordert wird –, schon vor Jahrzehnten verhindert wurde.

Andreas Bracher abschließend: „Die Schreckensvision aller westlichen Politiker der Nachkriegszeit ist ein **neutrales Gesamtdeutschland**, das sich mit der Sowjetunion aussöhnen könnte. Das galt es zu verhindern, und ein Mittel dazu war die EU“ (...).

Jetzt wird es klarer: Deutschland, Österreich und alle am Krieg beteiligten Staaten Europas hatten nach dem Zweiten Weltkrieg keine Chance für einen wirklich demokratischen Neubeginn. Es gibt deshalb keinen Grund mehr, die EU zu feiern. Zu feiern wären europäische Bürgerinnen und Bürger, die mündig werden, damit es in Europa mehr freiheitliche, friedliebende, direktdemokratische, neutrale und unabhängige Staaten gibt.

Der verfassungswidrige Großstaat EU, der US-Interessen dient und der auf längere Sicht bis in den Nahen Osten und nach Nordafrika reichen wird, wurde mit dem **Lissabon-Vertrag** weiter gefestigt. Aber wer hat dem zugestimmt? Sicher nicht Österreichs 350.000 Arbeitslose und die über eine Million Menschen in prekären Arbeitsverhältnissen. Wenn man die Pensionsvorschußbezieher, Arbeitslose im Krankenstand und jene mit Bezugssperre, Lehrstellensuchende, Übergangsgeldbezieher und wegen Partnereinkommen von der Notstandshilfe ausgeschlossene Menschen sowie die 80.000, die in meist sinnlose Kursmaßnahmen gezwungen werden, mitrechnet, **hat Österreich in Wahrheit etwa 600.000 Arbeitslose**. Die restlichen „glücklichen“ Arbeitsplatzbesitzer müssen für die EU oder für die von ihnen unverschuldete Krise sparen. Es ist nur vernünftig, daß sich immer größere Teile der Bevölkerung in die **Zeit des Schillings und der Neutralität** vor dem EU-Beitritt zurücksehnen: Damals waren 1000 Schilling noch viel mehr wert als heute der entsprechende Gegenwert in Euro und Arbeitssuchende konnten leichter eine Arbeit finden.

Die „Offene Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb“, die „unsichtbare Hand des Marktes“, welche Wohlstand für alle verspricht - die Religion der EU schlechthin -, ist von Sozialstaaten, wie Österreich einer ist, abzulehnen. **Österreich ohne EU würde die von den USA verursachte Finanzmarktkrise nicht so stark spüren**, denn es sind die EU-Verträge, die die „Freiheit“ des Kapitals vorschreiben; damit konnten und können auch Österreichs „Casino-Kapitalismus-Spekulanten“ weiterhin ungehindert in aller Welt zocken.

Wir stehen im Wettbewerb mit übermächtiger Konkurrenz aus Billiglohnländern wie China, wo die Arbeit „nichts“ kostet und Arbeitnehmerschutz ein Fremdwort ist. Dort verdienen ca. 36 % der Bevölkerung unter 2 Dollar am Tag, davon 10 % unter einem Dollar. **Aufgrund von EU-Gesetzen** kann man diese Importwaren nicht aus den Regalen verbannen und ausländische Firmen dürfen nach **deren** Arbeitsrecht mit „Lohnsklaven“ überall in der EU tätig werden. Dazu kommt die Konkurrenz der Arbeitssuchenden aus der ganzen Welt.

Die den Österreichern aufgezwungene Währung EURO ist am Zerfallen und damit der ganze **Scheinwohlstand**.

**Aus diesen und vielen anderen Gründen muß Österreich aus der EU austreten und kann das auch beruhigt machen:** Österreich ist dann weiterhin Mitglied der Welthandelsorganisation (WTO), kann somit Verträge mit der ganzen Welt schließen und ist **zu keinerlei zusätzlichen Zahlungen verpflichtet**. Die schrankenlose Freiheit der Unternehmer und des Kapitals durch die „EU-Grundfreiheiten“ kann gegebenenfalls zum Schutze der heimischen Wirtschaft und zur Stärkung des Gemeinwohls **wieder begrenzt** und der Schilling statt dem „TEURO“ eingeführt werden.

Ein guter Weg, eine bewährte, glaubwürdige und erfolgreiche Alternative zur EU ist nach wie vor die **Europäische Freihandelszone EFTA**, die die Bewahrung nationaler Souveränität respektiert. Die EFTA fördert Freihandel mit der ganzen Welt und arbeitet im Gegensatz zur EU ohne großen bürokratischen Aufwand, ist billig und krisensicher und wurde noch

von keinen Skandalen heimgesucht. Sie strebte nie einen politischen Staatenbund an, war strikt gegen jede „Supranationalität“ und ihre Mitglieder anerkennen das Prinzip der **Selbstversorgung** als nationale Aufgabe.

Durch die Förderung der Forschung und Entwicklung von **erneuerbaren Energieformen** und der gesetzlichen Absicherung **gegen die Einführung der Gentechnik** im Lebensmittel-, Saatgut- und Futtermittelbereich - schon über 600.000 Tonnen genmanipulierte Futtermittel werden pro Jahr (!) von Österreich **importiert** - könnte der Feinkostladen Österreich ausgebaut und Arbeitsplätze geschaffen werden. Die Anzahl der heimischen Bauern, die seit dem Beitritt Österreichs in die Europäische Union halbiert wurde, das Kleingewerbe und die kleinen und mittleren Unternehmen würden durch gezielte Förderung eine Renaissance erleben, die dem allgemeinen Wohlstand und dem Ziel der Vollbeschäftigung in Österreich dienen könnte. Dadurch wären die Pensionen gesichert und die Schere zwischen Arm und Reich verringert.

*Helmut Schramm*

### **Kontakt:**

1100 Wien, Grenzackerstr. 11/7/5  
helmutschramm@gmx.at

### **Zur Alternative, der EFTA:**

Der entscheidende Vorteil der EFTA gegenüber der EU ist, daß sie **keinen uneingeschränkten Freihandel** betreibt. Im Zentrum der EFTA-Abkommen steht der Zollabbau für **industrielle** Produkte; daneben hat aber jeder Staat seine eigenen Zolltarife gegenüber Drittländern und seine eigene Wirtschafts- (und Währungs-) politik. Und vor allem: die **Landwirtschaft** und der **Arbeitsmarkt** sind **vom Freihandel ausgenommen!**

Die EFTA-Staaten haben als Gruppe heute 23 Freihandelsabkommen mit mittel- und osteuropäischen Ländern, den Mittelmeerstaaten, aber auch süd-amerikanischen und asiatischen Ländern. Für den Exportweltmeister **Schweiz** hat die EFTA-Mitgliedschaft große Bedeutung, ein Weg, den auch Österreich (wieder) gehen sollte.

*Anmerkung der Redaktion der  
WEGWARTE*



**Karin KOLLAND**, Obfrau des "Hanael Vereins zur Förderung spiritueller, intuitiver und gesunder Lebensweise":

"Die **besondere Dringlichkeit des EU-Austritts** sehe ich in der Tatsache, daß internationale Organisationen immer größere Macht erlangen und skrupellose Finanzmachtstrategien die europäischen Völker ausrauben, unterdrücken, kontrollieren und für Generationen in eine **Schuldabhängigkeit** treiben. Nur wer seine eigenen Grenzen kennt und schützt, ist auch in der Lage, die Grenzen eines anderen zu respektieren!" Näheres dazu: [www.hanael.at](http://www.hanael.at), [www.intuitivesReiki.at](http://www.intuitivesReiki.at), [www.kuthumi.at](http://www.kuthumi.at), facebook und Youtube

## Warum echte DIREKTE DEMOKRATIE in einem EU-Mitgliedstaat nicht möglich ist.

Die Mitarbeiter der Initiative Heimat & Umwelt (IHU) sind seit vielen Jahren massive Verfechter der direkten Demokratie und haben dies auch durch entspr. Aktionen immer wieder unter Beweis gestellt. Es muß uns aber klar sein, daß nach dem Inkrafttreten des **Lissabon-Vertrags**, der Verfassung der EU, im Dezember 2009 in keinem EU-Mitgliedstaat echte "direkte" Demokratie möglich sein **kann**. Alle Bemühungen um die Einführung der "direkten" Demokratie nach dem Muster der Schweiz haben erst dann eine Chance auf Umsetzung, wenn Österreich aus der EU ausgetreten **ist**. Und das ist noch ein langer Weg!

Sobald dieses Ziel gelungen ist, wird auch die IHU an vorderster Front an allen Aktionen zur Einführung der direkten Demokratie mitwirken. Vorher hätte es keinen Sinn. Warum ist das so?

### DIE EU-FÜHRUNG KANN ALLES ALLEIN BESTIMMEN!

Die EU-Verfassung (der "Lissabon-Vertrag") ermächtigt den "europäischen Rat", also die Staats- und Regierungschefs mit dem Präsidenten der EU-Kommission und dem Präsidenten des Rates, die **gesamten** innenpolitischen Regeln **aller** EU-Staaten ganz oder teilweise zu ändern. Dies betrifft die Wirtschafts-Verfassung, die Sozialverfassung, die Währungsverfassung, aber auch die Verbraucher-Regelungen, die Umweltregelungen und den gesamten Bereich des "Raumes der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts" (einschließlich des Polizeirechts, des Strafrechts und vieler anderer Bereiche) - also praktisch die gesamten Bereiche der Politik mit Ausnahme der Außenpolitik.

Das EU-Parlament muß bei diesen Änderungsverfahren nur angehört werden, bei den Mitgliedstaaten müssen nur mehr die Regierungschefs, nicht einmal mehr die nationalen Parlamente - geschweige denn die Völker - zustimmen. Mit dieser **General-Ermächtigung** kann die Verfassungslage in allen EU-Mitgliedstaaten - auch in Österreich - nun durch Beschluß der Staats- und Regierungschefs allein jederzeit geändert werden. Dieses System der Absprachen wurde mit der Ratifizierung des Lissabon-Vertrags in allen EU-Staaten geltendes Recht, das bei den jeweiligen "Gipfeln" vollzogen wird.

Was in der EU neuerdings als "direkte" Demokratie bezeichnet wird, ist geradezu eine **Verhöhnung** dieses Begriffs. In einer sogenannten "europäischen Bürgerinitiative" soll eine Million (!) Unterschriften aus **mehreren** EU-Staaten dazu führen, daß sich die EU-Kommission damit "befaßt". D.h. nichts anderes, als daß ein einzelner Staat keinerlei Rechte mehr hat, lebenswichtige Belange vorzubringen (zB beim Transitverkehr).

**Im Gegensatz dazu** bedeutet die direkte Demokratie nach dem Muster der Schweiz, daß die Bürger eines selbständigen Staates durch von ihnen selbst herbeigeführte Volksabstimmungen mit **bindendem** Ausgang für die Regierung die Richtung der Politik bestimmen können.

Dieses System hat sich in der Schweiz lange bewährt; weit über 500 (!) Volksabstimmungen haben diese aus mehreren Völkern zusammengesetzte Willensnation zu jener Bastion der Demokratie werden lassen, die heute ein Vorbild für (ein anderes) Europa ist.

*Inge Rauscher, Obfrau der IHU*



**Mag. Robert MARSCHALL**, Herausgeber des Stadtmagazins [www.wien-konkret.at](http://www.wien-konkret.at):

"Ich unterstütze gerne das EU-Austritts-Volksbegehren, da es um die Wiedererlangung der **Eigenständigkeit Österreichs** geht. **Österreich soll wieder frei, unabhängig und neutral werden!** Deshalb habe ich aus eigenem Antrieb einen umfangreichen Informationsdienst im Weltnetz dafür eingerichtet unter [www.eu-austritts-volksbegehren.at](http://www.eu-austritts-volksbegehren.at) Kontakt: [redaktion@wien-konkret.at](mailto:redaktion@wien-konkret.at)

### ZU DEN KOSTEN DES VOLKSBEGEHRENS:

Es ist unvermeidlich, daß die Einleitung eines bundesweiten Volksbegehrens nicht nur viel Arbeit, sondern auch beträchtliche Kosten verursacht - wie die gesamte Arbeit der IHU. Wir erhalten (und wollen auch) keinerlei Finanzierung vom Staat, von Parteien, Interessensvertretungen oder Firmen. Nur so können wir wirklich **unabhängig** bleiben. Unsere gesamte **ehrenamtliche Arbeit** wird ausschließlich von **freiwilligen Spenden** der Bevölkerung und immer wieder privaten Beiträgen der engsten Mitarbeiter getragen. Die WEGWARTE, unser regelmäßiger Informationsdienst, ist nach unserer Symbolblume benannt, einer ausdauernden Wildpflanze, die fast über die ganze Welt verbreitet ist und an vielen Acker- und Straßenrändern wächst. Ihre blaßblauen, manchmal auch rosa und weißen Blüten erfreuen uns von Juni bis Oktober.

**DANKE** allen für ihre bisherigen Kostenbeiträge, die uns die Weiterarbeit ermöglichen. **BITTE** unterstützen Sie uns (weiter), damit wir zusätzlich zur Zeitungs-Herausgabe auch die Kosten der Volksbegehrens-Verbreitung und -Durchführung schaffen.



# AKTIONSTAGE FÜR DEN Austritt AUS DER EU

## Info-Tour zum Volksbegehren Juni und Juli 2010

jeweils von 9 bis 15 Uhr

außer bei extremem Schlechtwetter oder sonstiger "höherer Gewalt"

**NEUNKIRCHEN:**

**Dienstag, 15. Juni**  
Am Hauptplatz

**VÖLKERMARKT:**

**Freitag, 25. Juni**  
Am Hauptplatz

**BRUCK/Mur:**  
**Mittwoch, 16. Juni**  
Am Hauptplatz

**KLAGENFURT:**  
**Montag, 28 Juni, und**  
**Dienstag, 29. Juni**  
Am Alten Platz

**LEOBEN:**  
**Donnerstag, 17. Juni**  
Am Hauptplatz

**VILLACH:**  
**Mittwoch, 30 Juni, und**  
**Donnerstag, 1. Juli**  
Am Rathausplatz

**JUDENBURG:**  
**Freitag, 18. Juni**  
Am Hauptplatz

**Örtliche  
Mithelfer  
herzlich  
willkommen!**

**SPITTAL/Drau:**  
**Freitag, 2. Juli, und**  
**Mittwoch, 7. Juli**  
Am Hauptplatz

**ST. VEIT/Glan:**  
**Montag, 21. Juni**  
Am Hauptplatz

**LIENZ:**  
**Montag, 5. Juli, und**  
**Dienstag, 6. Juli**  
Am Hauptplatz

**FELDKIRCHEN:**  
**Dienstag, 22. Juni, und**  
**Mittwoch, 23. Juni**  
Am Hauptplatz

**HALLEIN:**  
**Donnerstag, 8. Juli**  
Am Bayerhamerplatz

**WOLFSBERG:**  
**Donnerstag, 24. Juni**  
beim EKZ - "Tenoreo" gegenüber Bahnhof

**SALZBURG-Stadt:**  
**Freitag, 9. Juli**  
Am Platzl

Redaktionsschluß dieser Ausgabe:  
28. Mai 2010

Für WEGWARTE-Empfänger im Ausland: unser BIC-Code lautet  
OPSKATWW, der IBAN-Code AT366000000007483053

**WEGWARTE**

Zulassungsnummer "02Z033544S"  
Mitteilungen der Initiative Heimat & Umwelt  
20. Jahrgang, Folge 2, Juni 2010  
Druck: H. Schmitz Kopien, 1200 Wien  
Impressum: Medieninhaber/ Herausgeber/Verleger:  
**Initiative Heimat & Umwelt**  
3424 Zeiselmauer, Hagengasse 5  
Tel.: 02242/70 516

Österreichische Post AG / Sponsoring Post  
Benachrichtigungspostamt 3424 Zeiselmauer